



ERSCHWERNISZULAGEN

GdP: Auch Rheinland-Pfalz muss sich bewegen

Die GdP hat den Finanzminister und den Innenminister aufgefordert, die Zulagen für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im ersten Schritt der Bundesregelung anzupassen.



Heinz-Werner Gabier, stellvertretender Landesvorsitzender

Durch die Föderalismusreform ist Rheinland-Pfalz jetzt selbst zuständig, die Erschwerniszulagenverordnung (EZulVO) zu ändern. Die Bundesregierung plant derzeit eine Erhöhung der Erschwerniszulagen. Nach Auffassung der GdP sind die dienstlichen Belastungen für die rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und -beamten ebenso hoch wie die des Bundes. Deswegen erwarten wir eine Anpassung der Zulagen gemäß § 22 Ab. 2 EZulVO auch für unsere Kolleginnen und Kollegen.

- Für Polizeibeamtinnen und -beamte
- im MEK/SEK 300,-
- unter einer auf Dauer angelegten Identität als verdeckter Ermittler 260,-
- als Tatbeobachter in einer Beweissicherungs- und Festnahmeinheit 150,-

Diese Forderung ist jedoch nur ein erster Schritt hin zu einer schon lange fälligen Neuregelung. In der Vergangenheit hat die Landesregierung die gewerk-

schaftlichen Forderungen immer wieder abgelehnt mit dem Hinweis auf die Zuständigkeiten des Bundes und des Bundesrates. Diese Zuständigkeiten hat RLP jetzt alleine. Die GdP hat mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund den Finanzminister aufgefordert, Verhandlungen über die Änderung des EZulVO aufzunehmen.

Die GdP hat ihre Forderungen bereits festgelegt:

Dienst zu ungünstigen Zeiten muss auf Anschlusszeiten ausgedehnt werden. Es kann niemanden begreiflich gemacht werden, dass eine Unfallbearbeitung im Nachtdienst über 6.00 Uhr hinaus nicht belastender ist als eine Unfallaufnahme um 20.15 Uhr. Die Höhe des DUZ ist nicht mehr zeitgemäß. Insbesondere die Zahlungen für Nachtzeiten und an Samstagen sind schon seit Jahren nicht mehr angepasst worden. Heute stellen sich die Nachtdienste an Freitagen und Samstagen ebenso ungünstig dar wie die Dienste an Sonn- und Feiertagen. Daher soll die Zulage zu diesen Zeiten auf 5 angehoben werden. Die übrigen Nachtdienste wären mit 2,50 abzugelten. Die Zulage für Wechselschichtdienst und Schichtdienst ist weder in der Höhe noch in der Ausgestaltung zeitgemäß. Die flexiblen Dienstmodelle, aber auch die bedarfsorientierten Dienste der Bepo und der Fahndungseinheiten, werden von der Vorschrift nur unzureichend oder gar nicht erfasst. Dies muss geändert werden. Die Konkurrenzregelung zwischen Polizeizulage und WSD-/Schichtzulage muss wegfallen, die Polizeizulage darf nicht mehr



auf die Höhe der Zulage angerechnet werden. Die WSD-Zulage ist auf 200 anzuheben, im gleichen Umfang sind auch die Schichtzulagen anzupassen. Teilzeitbeschäftigten ist bei Vorliegen der Voraussetzungen die volle Wechselschichtdienst- oder Schichtdienstzulage zu gewähren. Der Zusatzurlaub für Wechselschichtdienst und Schichtdiensttätige ist auf bis zu sechs Tage anzuheben. Die GdP fordert darüber hinaus, die Polizeizulage wieder dynamisch und ruhegehaltstauglich zu gestalten. Die Polizeizulage soll auf 250 angehoben werden.

Die Politik ist aufgefordert zu zeigen, ob sie bereit ist, etwas für die Polizei zu tun. Die schönen Dankesworte tun zwar gut, helfen aber nicht beim Kauf von Benzin oder Erdgas.

HWG

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-de/Rheinland-Pfalz>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de



In der Personalplanung nachsteuern

Personal ist teuer. Aber gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das beste Kapital, über das eine moderne Bürgerpolizei verfügen kann. Deshalb sind Personalstärke und Bewertung der Polizei zu verbessern.

Zur Personalstärke: Nach dem Bericht zur „Zukunft der Polizei in Rheinland-Pfalz“ vom 8. 1. 2004 (Landtagsdrucksache 14/2791) bekräftigen Landesregierung und Landtag ihre Auffassung, der Personalstand der Polizei, ausgehend vom Stand 2001, müsse bei Beibehaltung der bewährten Organisationsstruktur langfristig eingehalten werden. Mit dieser „Mindeststärke“ von 9000 Polizeibeamtinnen und -beamten sollen die alltäglichen Anforderungen des Polizeidienstes in den nächsten Jahren bewältigt werden können.

Diese Einschätzung teilen wir nicht, weil nach unserer Auffassung ein solcher Personalbestand nicht ausreicht, um die stark steigenden Anforderungen in der Ermittlungstätigkeit, Beweissicherung und Gefahrenabwehr rund um die Uhr tatsächlich bewältigen zu können. Alleine die neu definierte Aufgabe „Gewalt in engen sozialen Beziehungen“ kostet im Alltag viel Aufwand und Kraft. Der Schichtdienst wurde seit 2001 um ca. 500

Polizistinnen und Polizisten geschwächt. Mit dem vorhandenen Personal ist es völlig unabhängig von der Arbeitsbelastung durch Vorgänge inzwischen nicht mehr möglich, die Mindesteinsatzstärken aufrechtzuerhalten. Die Analyse, wo die Kolleginnen und Kollegen geblieben sind, ist erfolgt: Man mag sich darüber streiten, ob die neu eingerichteten Funktionen Jugendsachbearbeiter, Flughafenwachen Hahn und Zweibrücken, Schieß- und Einsatztrainer, Datenverarbeitungsgruppen, System- und Anwenderbetreuer, örtliche Fahndung, Beratungszentren, Polizeiläden, Puppenbühnen usw. sinnvoll und im Einzelfall auch notwendig sind. Wenn man sich der Notwendigkeit beugt, muss man auch das notwendige Personal zur Verfügung stellen. Den Schichtdienst – in Sonntagsreden die Kernaufgabe der Polizei – aber als Personalsteinbruch zu Gunsten von „Nice-to-have“ zu gebrauchen, ist gegenüber den betroffenen Kolleginnen und Kollegen, aber auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sehr unfair! Wir halten es für unverantwortlich, wenn in Inspektionen außerhalb der Tagesdienstzeiten nur ein einziger Streifenwagen zur Verfügung steht.

Es bleibt dabei: Rheinland-Pfalz muss über 10 000 Polizistinnen und Polizisten verfügen, um die Sicherheitsaufgaben erfüllen zu können.

Die Einstellungsplanung des Landes sieht vor, bis zum Jahr 2010 jährlich mindestens 250 Polizeianwärterinnen und -anwärter einzustellen. Ab 2011 soll die Einstellungszahl auf mindestens 350 erhöht werden, um die stark ansteigenden Zahlen an Ruhestandsversetzungen auszugleichen. Dabei stellt die ursprüngliche Planung auf die Vorlaufzeit der dreijährigen Fachhochschulausbildung ab und berücksichtigte bisher den vollständigen Ausgleich der vorzeitigen Personalabgänge einschließlich der Ausfälle im Laufe des FH-Studiums. Nach den bereits erfolgten Neueinstellungen wird die Personalstärke bis 2011 etwa auf heutigem Niveau bleiben. Die Landesregierung hat angekündigt, die Einstellungsplanungszahlen für die Jahre 2009 und 2010 um je 25 aufzustocken, so dass in diesen beiden Jahren jeweils 325 Polizeianwärterinnen

und -anwärter das Studium aufnehmen könnten. Allerdings reichen diese Ausbildungszahlen nicht aus, um den Personalstand zu halten, weil sich für den Berechnungszeitraum die Zahl der Ruhestandsversetzungen deutlich erhöhen wird. 325 Einstellungen pro Jahr würden also klar vorgeben: Die Personalstärke der Polizei geht deutlich nach unten.

Aus Sicht der GdP gibt es eine Reihe weiterer Gesichtspunkte, die bisher nicht oder nicht ausreichend bei der Personalplanung Berücksichtigung fanden. In der Kriminalitätsbekämpfung stellen sich neue Herausforderungen, besonders bei der Abwehr terroristischer Gefährdung zeichnen sich dauerhafte Aufgabenstellungen ab, die nur mit neuen Schwerpunktsetzungen zu bewältigen sein werden. Im Zusammenhang mit der Nachbereitung der gerade noch vereitelten Anschläge durch islamistische Terroristen ist deutlich geworden, dass die Polizei in ihren personellen Kapazitäten besonders bei den operativen Einheiten der Kriminalpolizei wie auch beim MEK erheblich aufgestockt werden muss.

Die Polizei hat in den letzten Jahren die Ermittlungs- und Aufklärungsarbeit bis in die Ebene der Polizeiinspektionen intensiviert. Zu diesem Zweck wurden in hoher Zahl spezielle Sachbearbeiterfunktionen geschaffen. Der Präventivbereich wurde und wird ausgebaut. Für die Aus- und Fortbildung stehen zusätzliche Dozenten und Trainer zur Verfügung. Durchweg mussten diese Strukturveränderungen aus dem Personalbestand bewältigt werden.

Die aus der Altersstruktur der Polizei resultierenden Probleme nehmen zu. Es gibt mehr Fälle von eingeschränkter Verwendungsfähigkeit aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen. Viele Beamtinnen und Beamten können aufgrund persönlicher gesundheitlicher Beeinträchtigungen generell nicht mehr für diesen belastenden Wechselschichtdienst eingesetzt werden.

In vielen Dienststellen des Landes müssen über die allgemeinen Sicherheitsanforderungen hinaus vielfältigste besondere Einsatzlagen im eigenen Dienstbezirk bewältigt oder zur Unterstützung anderer Dienststellen Kräfte abgestellt



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31
vom 1. Januar 2008

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



ETAT 2009/2010

werden. Diese besonderen Einsatzanforderungen (z. B. Fußballspiele bis in die Oberliga mit bis zu 300 Einsatzkräften, Versammlungen von Rechten) lassen sich nur begrenzt mit dem heutigen Personalstand abdecken. Dies zeigt deutlich die in den letzten Jahren stark angestiegene Zahl der Mehrarbeitsstunden. Inzwischen ist eine „Bugwelle“ von rund 1,4 Mio. Mehrarbeitsstunden aufgelaufen, die absehbar nicht durch Freizeit ausgeglichen werden können.

Der Anteil von Frauen im Polizeidienst ist in den letzten Jahren angestiegen. Auch wir sind der Auffassung, dass sich die Öffnung des uniformierten Polizeidienstes für Frauen bewährt hat. Gleichwohl ergeben sich Auswirkungen auf die Personalplanung. Mutterschutzrechtliche Beschäftigungsverbote (z. B. kein Außendienst), Beurlaubungen aus familiären Gründen und Reduzierung der Arbeitszeit auf Teilzeitbeschäftigungen führen zwangsläufig zu Personalausfällen in steigender Tendenz. Der bei der Bereitschaftspolizei mit derzeit 75 Stellen eingerichtete Personalpool für die Ersatzgestellung insbesondere in Fällen von Beurlaubungen aus familiären Gründen wird aus dem vorhandenen Personalbestand gebildet. Anders ausgedrückt: Um eine Personallücke bei einer Polizeiinspektion zu schließen, wird die ohnehin deutlich unter Soll liegende Personalstärke einer Einsatzhundertschaft der Bereitschaftspolizei einfach reduziert. Es sollte endlich ein Weg gefunden werden, den durchaus sinnvollen Personalpool im Wege der Aufstockung der Zahl der Neueinstellungen tatsächlich personell zu unterlegen.

Weiter bleibt es bei der Feststellung der GdP: Mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit nach § 208 LBG ist keine Lösung der Personalprobleme erfolgt. Wir fordern die Neuregelung der Altersgrenze für die Polizei im Sinne der GdP-Vorschläge

Zur Personalstruktur: Die aus den Stellenplanvorgaben 2007 und 2008 resultierenden Restriktionen in der Zahl der Beförderungsmöglichkeiten haben insbesondere im gehobenen Polizeidienst in allen für die Aufstiege relevanten Besoldungsbereichen zu einem Beförderungsstau geführt. Von daher müssen noch einmal die Kernforderungen für eine sachgerechte Bewertung des Polizeidienstes vorangestellt werden:

- Alle Beamtinnen und Beamten des mittleren Polizeidienstes sind zeitnah in die Laufbahn des gehobenen Polizeidienstes zu überführen.
- Für alle Polizeianwärterinnen und -anwärter müssen nach ihrer FH-Ausbil-

dung Planstellen des gehobenen Polizeidienstes für die Übernahme in das Beamtenverhältnis zur Verfügung stehen.

- Für den Bewährungsaufstieg sieht das Laufbahnrecht die Aufstiegsmöglichkeit bis A 11 vor. Beförderungsmöglichkeiten stehen allerdings nur für einen deutlich zu kleinen Kreis der Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung. Wir fordern, in weit größerer Zahl der Beförderungsfälle als bisher die leistungsorientierte Aufstiegsperspektive nach A 11 zu eröffnen.
- Allen im Rahmen des Bewährungsaufstieges in den gehobenen Polizeidienst übergeleiteten Beamtinnen und Beamten ist im Wege von entsprechenden Stellenplandispositionen zu garantieren, dass sie zeitnah, spätestens aber vor Erreichen der zweijährigen Sperrfrist nach § 5 Abs. 3 Beamtenversorgungsgesetz nach A 10 befördert werden.
- Absolventinnen/-en der FH und der ASA sollen nach dem Laufbahnbeginn im gehobenen Polizeidienst spätestens nach sechs Jahren das Beförderungsniveau A 11 erreicht haben. Für die nach A 12 und A 13 ausgewiesenen Funktionen sind deutlich mehr Stellen als bisher im Haushalt auszuweisen.
- Die Aufstiegsperspektiven für die Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes sind zu verbessern.
- Für die Verwaltungsbeamtinnen und -beamten sind vergleichbare Stellenplanbedingungen zu schaffen.

In der Ausgestaltung dieser Eckwerte fordert die GdP die Anpassung des Laufbahnrechtes für den Bewährungsaufstieg. Künftig soll der Aufstieg in den gehobenen Dienst nicht mehr an Leistung und Lebensalter, sondern an Leistung und Berufserfahrung gekoppelt werden. Für den Laufbahnwechsel soll sich bewerben können, wer sich in einer Dienstzeit von mindestens zehn Jahren bewährt hat. Weiter fordert die GdP, alle Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter unmittelbar nach abgeschlossener FH-Ausbildung zu diplomieren und zum PK (A 9) zu ernennen.

An bewährten Parametern für die Beförderungsauswahl wollen wir festhalten. Dies gilt insbesondere für die Beibehaltung der Aufteilung des jeweiligen Bewerberkreises in die Säulen FH/ASA und Bewährungsaufstieg. Angesichts der durch Rechtsprechung eingeschränkten Möglichkeit der Beförderung nach langjähriger Bewährung im aktuellen Beförderungsniveau bei Beförderungseignung müssen neue Wege gesucht werden, um diesen Anspruch in allen Fällen Rech-

nung tragen zu können. Dazu sollen im Etatplan 2009 alle Planstellen der Besoldungsgruppe A 9 gehobener Polizeidienst nach A 10 angehoben werden. Das würde die Möglichkeit für das ISM öffnen, den Beförderungsverlauf und die Auswahlbedingungen neu zu strukturieren.

Weiter sind die Stellenpläne so aufzustoßen, dass binnen vier Beförderungsverfahren alle FH/ASA-Absolventen aus A 10 nach A 11 und in jedem Jahr mindestens 20 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber aus dem Kreis der Bewährungsaufsteiger von A 10 nach A 11 ernannt werden können.

Für A 12 und A 13 sollen so viele Beförderungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, wie Funktionen „unterwertig“ besetzt sind. Verwaltungsintern ist parallel die Beschreibung und Bewertung der Funktionen anzupassen.

Im Höheren Polizeidienst soll die Beförderung nach A 14 spätestens drei Jahre nach erfolgreich absolvierter Polizeihochschule möglich sein. Im Wege einer Anpassung der Funktionsbeschreibung ist der Korridor für die Bewertung von Funktionen nach A 15, A 16 und B 3 auszuweiten. Auf mittlere Sicht strebt die GdP die Einstufung des Inspektors der Polizei, der Polizeipräsidenten, des Präsidenten des LKA und der in dieser Form gesetzlich als Amtsbezeichnung festzulegenden Präsidenten der Bereitschaftspolizei und der FH der Polizei/ LPS in B 4 an. Wir halten diese neue Struktur in der Funktionsbewertung des Höheren Polizeidienstes angesichts der qualitativen und quantitativen Aufgabenentwicklung für sachgerecht und sehen sie im Kontext zu der auf das vollendete 65. Lebensjahr hinausgeschobenen Pensionierungsgrenze.

TW

Anzeige



PSW-Rabatt?
0 61 31/9 60 09 23
psw-reisen@gdp-online.de



Spitzengespräch DGB mit Landesregierung

An einem Spitzengespräch zwischen Innenminister Karl-Peter Bruch und Finanzminister Prof. Ingolf Deubel mit den Spitzenorganisationen in Rheinland-Pfalz nahmen DGB-Chef Dietmar Muscheid und die für Beamtenpolitik zuständige Astrid Clauss teil. Zentraler Diskussionspunkt war die Einkommensentwicklung bei den Beamtinnen und Beamten.

Muscheid: Die Erklärung des Finanzministers, in 2009 und 2010 das Tarifergebnis der Länder auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen, ist ein wichtiges Etappenziel. Es ist jedoch unver-

ständig, dass der Finanzminister Nachbesserungen für das laufende Jahr weiterhin ausschließt.

Weitere Gesprächsthemen waren die zukünftigen Entwicklungen im Laufbahnrecht. Ein nächstes Spitzengespräch wurde für den Zeitraum nach der Sommerpause vereinbart.

Heinz-Werner Gabler, stellvertretender GdP-Vorsitzender: Bei explodierenden Preisen hilft der Hinweis auf Verbesserungen in den Jahren 2009 und 2010 nur wenig, wenn ich Benzin und Gas 2008 bezahlen muss. Hier muss 2008 noch etwas geschehen. **HWG**

GdP bei der CDU



V. l. n. r.: Achim Eggert, Ernst Scharbach, Heinz-Werner Gabler, Isabella Sorg, Michael Hörter, Matthias Lammert

MdL Michael Hörter, Vorsitzender des AK Innen, und MdL Matthias Lammert, Mitglied des AK Innen, tauschten mit der GdP ihre Positionen zu den Vorschlägen der Landesregierung zur Reform der Kommunalverwaltung aus. Im Zentrum standen dabei die Überlegungen zur Übertragung von Aufgaben von der Polizei auf die Kommunalverwaltung, aber auch weitergehende Themen wie Versammlungs- und Waffenrecht. Bei vielen Positionen bestand Übereinstimmung während einige Standpunkte kritisch diskutiert wurden.

Weitere Themen waren die anstehende Evaluation der Verlängerung der Lebensarbeitszeit aus dem Jahr 2003, Personal- und Budgetfragen. Auch die Initiativen der CDU zur Erhöhung der Beamtengehälter und der als überbordend erscheinenden Zahl der Disziplinar- und Regressverfahren waren Gegenstand des Gesprächs. Die detaillierten Vorstellungen der GdP zum Landeshaushalt 2009/10 werden in weiteren Terminen behandelt.

ES

Kurz und knackig

■ Fette Rabatte in 2007

Bei Buchungen von Reisen über das **Polizeisozialwerk** konnten im letzten Jahre insgesamt **14 500 Euro** an unsere GdP-Mitgliedern in Form eines PSW-Rabattes zurückgezahlt werden! Beim Ankauf von Neufahrzeugen über das PSW sparten unsere Mitglieder sage und schreibe **417 500 Euro** an den regulären Listenpreisen!

■ Kostendämpfungspauschale

Gescheitert ist ein Beamter mit seiner Absicht, die Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe gerichtlich zu kippen. Er hatte argumentiert, der Eingriff habe nur per Gesetz und nicht mit Verordnung erfolgen dürfen. Das Land habe auch nicht durch nachträgliche gesetzliche Regelung rückwirkend die geforderte Rechtsbasis schaffen dürfen. Das OVG Rheinland-Pfalz hat die Klage in allen Punkten abgewiesen und vertritt die Rechtsauffassung, die Kostendämpfungspauschale sei in der Sache zulässig und die rückwirkende gesetzliche Regelung verletzte nicht den Vertrauensschutz der Beamtinnen und Beamten (OVG RP vom 23. Mai 2008 – 2 A 10723/07.OVG). Es war noch offen, ob der Kläger die Revision betreibt.

■ Neues LBG geplant

Das ISM arbeitet an einer Neufassung des LBG. Damit sollen die länderspezifischen Regelungen infolge des neuen Beamtenstatusgesetzes erfolgen. Nach Föderalismusreform sind die Länder selbst für die Ausgestaltung des Beamtenrechts zuständig.

■ ISM zurück

Das ISM ist wieder in seinem Stammhaus am Mainzer Schillerplatz. Die 18-monatige Renovierungsphase des Gebäudes ist abgeschlossen.



PERSONALRATSSEMINAR

Fortbildung für Personalräte

„Nebentätigkeiten, Disziplinarverfahren und beamtenrechtliche Regelungen“ standen im Seminarangebot der GdP Ende Mai auf dem Tagungsprogramm. Starke Teilnehmerzuspruch fand das Schulungsangebot für Mitglieder von Personalräten aus dem Polizeibereich.

Helmut Knerr, stellvertretender Landesvorsitzender und zuständig im GdP-Landesvorstand für Personalvertretungsrecht, hatte nach Auffassung der Seminarteilnehmer ein interessantes Programm zusammengestellt. Als Fachreferenten konnten Kollegin Birgit Bai (Dozentin für öffentliches Dienstrecht an der LPS/FHöV) und Kollege Hans-Jürgen Müller (Leiter PV 3 vom PP Koblenz) gewonnen werden.

Gerade die kompetenten Beiträge von Hans-Jürgen Müller zum Rechtsgebiet „Nebentätigkeiten“ und von Birgit Bai zum „Disziplinarrecht“ und den beamtenrechtlichen Regelungen schlugen Brücken für die Seminarteilnehmer zwischen den Rechtsgrundlagen, der Praxis aber auch zu den personalvertretungsrechtlichen Aufgabenbewältigungen im Alltag.



Der Leiter PV 3, PP Koblenz, Hans-Jürgen Müller und seine aufmerksamen Zuhörer

Interessiert diskutierten die Personalratsmitglieder aus den verschiedensten Behörden und Einrichtungen mit den Fachreferenten. Die Veröffentlichungen zum Thema „Disziplinarrecht“ durch die GdP waren ebenso thematisiert worden, wie auch die öffentliche Meinung oder die Rechtsprechung in disziplinarrechtli-

chen Verfahren. Unterschiedliche Standpunkte kamen dabei zutage. Gerade diese Diskussion stellte auch besonders heraus, dass es notwendig sei, breitere Informationen zu Rechten und Pflichten der Kolleginnen und Kollegen im Alltag, beispielsweise zum Nebentätigkeitsrecht, zu vermitteln. **HK**

PERSONALVERSAMMLUNGEN

Wichtige Infos zum TV-L



Auch in Kaiserslautern waren viele Tarifbeschäftigte der Einladung der Personalräte gefolgt.

Im Rahmen von Teilpersonalversammlungen für Tarifbeschäftigte beim PP Kaiserslautern und der PD Pirmasens informierten Margarethe Relet und Dieter Kronauer die Beschäftigten über das Tarifrecht. Schwerpunkt der Vorträge waren die finanziellen Auswirkungen wie Entgelterhöhungen, Jahressonderzahlung und

Leistungsentgelt. „Wird es für Rheinland-Pfalz zukünftig einen Tarifvertrag zum Leistungsentgelt geben oder wird weiterhin im Gießkannenprinzip ausgeschüttet?“ lautete die Frage einer Beschäftigten, die zu reger Diskussion führte. Derzeit ist ein solcher Tarifvertrag nicht beabsichtigt, so Margarethe Relet. Wichtig erschien

auch der Hinweis auf den Stichtag 1. November 2008. Zu diesem Zeitpunkt erfolgt die Überleitung aus den individuellen Entgeltstufen in die regulären Stufen und die Zahlung eines Strukturausgleichs. Das bedeutet für einige Beschäftigten noch einmal ein „kleines“ Plus im Portemonnaie. Aber auch die anstehenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder im kommenden Jahr wurden angesprochen. Werden auch wir eine „satte“ Entgelterhöhung bekommen wie die Beschäftigten bei Bund und Kommunen, bleibt die Arbeitszeit unverändert oder wie steht es mit der Jahressonderzahlung nach 2008? Fragen, die die Beschäftigten interessieren, aber derzeit noch nicht beantwortet werden können. Teilpersonalversammlungen in dieser Form sind ideale Veranstaltungen, um Beschäftigte umfassend über ihre Belange zu informieren, so die stellvertretende Landesvorsitzende. **MR**



Optimierung der Kriminalitätsbekämpfung

Polizei-Abteilungsleiter **Joachim Laux** hatte angekündigt, dem HPRP das Schreiben des Innenministeriums zur „**Optimierung der Kriminalitätsbekämpfung**“ zu erläutern – konnte den Termin jedoch wegen aktueller Ereignisse nicht einhalten. Stattdessen erklärte in der Sitzung des HPRP Referatsleiter Michael Krüger, dass es sich bei dem Papier, das den Behörden und Einrichtungen und dem HPRP zugestellt worden war, lediglich um einen „vorläufigen Abschluss der Überlegungen“ handele, der noch abhängerig sei von der Zustimmung des Justizministeriums. Herr Krüger hielt deshalb inhaltliche Erläuterungen nicht für sinnvoll und zeigte sich über den Hinweis aus dem Gremium verwundert, dass in den Behörden bereits Arbeitsgruppen an der Ausgestaltung des Konzepts arbeiten würden. Das sei so nicht beabsichtigt gewesen. Herr Laux kündigte an, die Diskussion zu den Überlegungen in der Juli-Sitzung nachzuholen.

Rund 400 deutsche KollegInnen (davon sechs aus RLP) haben sich seit 2002 beim Aufbau der Polizei in **Afghanistan** engagiert. Koll. **Uwe Lederer** (ISM) teilt mit, dass nunmehr ein Personalpool von „KurzeitexpertInnen“ für Zeiträume von sechs bis zwölf Wochen gebildet wird.

Der **Masterstudiengang für Kriminologie** in Bochum ersetzt nicht das Studium an der DHPol Hilstrup: § 14 LaufbahnVO-Pol setzt für die Übernahme in den höDie das Bestehen der Prüfung in Hilstrup voraus. Ausnahmen von dieser Regel gem. § 28 LbVOPol gibt es nur im Einzelfall, wenn Gleichwertigkeit festgestellt und ein dienstliches Interesse anerkannt wird.

Bedenken hatte der HPRP zu dem Konzept **VISIER** angemeldet. Zwar ist unstrittig, dass bei der Entlassung von rückfallgefährdeten, gefährlichen Straftätern Vorsorge getroffen werden muss – allerdings besteht nach Auffassung des HPRP die Gefahr, dass die Verantwortung alleine bei der Polizei abgeladen werden könnte, die damit zwar den Schwarzen Peter, nicht aber die rechtlichen und personellen Möglichkeiten einer sachgerechten Reaktion hätte. Minister **Karl Peter Bruch** sagte zu, alle Vorschläge und Bedenken einer intensiven Prüfung zu unterziehen. Das Anlie-

gen der Landesregierung halte er für ein bedeutsames Thema, das den Schutz potenzieller Opfer im Blick habe. **Bruch**: „Die Gefahrenabwehr ist rechtlich und taktisch die Aufgabe der Polizei.“

Zur Förderung des Audits Beruf und Familie hat das ISM alle Behörden und Einrichtungen aufgefordert, zwei **Audit-Lotsen** zu benennen.

Die LPS wurde mit dem Projekt „**Polizei-Online**“ beauftragt. In Kooperation

Die nächste **Charge an FuStw** soll ausgeschrieben werden: Standard-, BAB- und reduzierte FuStw. Der Beschlussantrag liegt bei den örtlichen Personalräten zur Anhörung vor.

Die **mündlichen Prüfungen** der ASA finden am 14. bis 16. Juli auf dem Hahn statt. Am 17. sind die Wiederholungsprüfungen für den 29. Stg.

Nach viel Tamtam und einem Einigungsgespräch mit Minister Bruch wegen der Beschaffung von „**Turtlenecks**“ (Pulli mit Stehkragen und Kurzeißverschluss) – die als einzige Alternative unter der taktischen Schutzhülle hätten getragen werden dürfen – folgt das ISM nun doch dem ursprünglichen Vorschlag des HPRP: Da der Markt keine wirklich geeigneten „Turtlenecks“ hergibt, wird auf deren Anschaffung verzichtet und das Tragen der Schutzwesten auf dem Hemd zugelassen. Versuche in Hessen haben ergeben, dass die Hemdknöpfe beim Auftreffen eines Geschosses keine Gefahr darstellen. Die Knöpfe zersplittern nicht, sondern werden pulverisiert. Natürlich darf in den Hemdtaaschen unter der Schutzweste nichts getragen werden, was Verletzungen verursachen könnte.

Dieter Kronauer, Margarethe Relet (Polizeibesetzte), Ernst Scharbach (Beamte)



mit BW und Hessen sollen u. a. das „polizeiliche Wissensmanagement“ gebündelt und Buchungen für die Aus- und Fortbildung ermöglicht werden, teilt Koll. **Manfred Bublies** (ISM) mit. Projektleiter ist Koll. **Carsten Heydt** (LPS).

Das Konzept „**Zentrales Schieß- und Einsatztraining**“ kann starten. Der HPRP hat der Vorlage, die unter Leitung von Koll. Friedel Durben (ISM) erarbeitet wurde, nunmehr zugestimmt. Der HPRP dankt allen Kolleginnen und Kollegen, insbesondere den Ausbildungs-, Schieß- und Einsatztrainern, für ihre Beratung – und ausdrücklich dem Innenministerium, das die Anregungen des HPRP sehr kollegial geprüft und auch weitgehend übernommen hat. Außerdem konnte der HPRP die Einstellung von zwei Technikern für die Betreuung der Anlagen erreichen. Trotz der Bemühung aller Beteiligten dürfte klar sein, dass die Umsetzung des Konzeptes nicht ohne Schwierigkeiten abgehen wird. Hier sind die Kreativität der Behörden und Einrichtungen und nicht zuletzt die Personalräte vor Ort gefordert. Für Hinweise auf Probleme sind wir wie immer dankbar. Das Konzept ist ja schließlich nicht in Beton gegossen.

Anzeige



PSW-Rabatt?
0 61 31/9 60 09 31
psw-rp@gdp-online.de



Unser neuer Vertragspartner

Ralf Knoll . Si-Centrum . Plieninger Str. 109 a . 70567 Stuttgart . Tel. 0711/4791133 . Fax: 0711/471172

Für
GdP-Mitglieder
20 %
auf z.B.

Markenuhren: Breitling, Omega, Rado, Maurice Lacroix, Ebel, Gucci, IWC, Blancpain, Longines, Baume & Mercier, TAG Heuer, Eterna, Zenith, Swatch, Esprit, Junghans, Seiko, Fossil, Citizen, Casio, Rado, Porsche Design, Tissot, Boss, Chopard, Gucci, Joop, Armani, Diesel, Festina, Alessi, DKNY
Schmuck: Esprit, Fossil, Chopard, Niesing, Bunz, Christian Bauer
Feuerzeuge: Dupont
Sonnenbrillen: Ray Ban, Armani, Killerloop, Fossil, Vouge, Person, Bulgari, YSL, Gucci, Diesel, Valentino, Christian Dior, Joop, Jguer, Rene Lazard, Tony Gard, Guess, Dupont, Chopard, Zeiss
Im Ladengeschäft im Si-Centrum können edler Modeschmuck, Schuhe, Taschen und Gürtel gekauft werden. Auch hier wird gegen Vorlage des Mitgliedsausweises **20% Rabatt** gewährt.

Musikalische Winterreise im Erzgebirge

3-tägige Busreise vom 17.12. bis 19.12.2008

Reisepreis pro Person in Doppelzimmer € 270,00 Einzelzimmerzuschlag € 30,00

Eingeschlossene Leistungen: Fahrt in einem modernen Reisebus – für Gäste aus Baden-Württemberg aus dem Raum Stuttgart und Karlsruhe, Gäste aus Rheinland Pfalz von Mainz oder Kaiserslautern, 2 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet im Hotel am Fichtelberg ***, 1 Abendessen (kalt-warmes Buffet am 17.12., Weihnachtliche Adventsmusik zur Unterhaltung im Hotel, Tagesausfahrt im Erzgebirge am 18.12. mit Reiseleitung. Fahrt nach Seiffen mit Besuch des Weihnachtsdorfes. Führung und Eintritt in der St. Annenkirchen in Annaberg mit weihnachtlichem Gesang der Solosängerin. Lichterfahrt ins Hotel, Abendessen mit musikalischer Unterhaltung des Bergmännischen Bläserensembles.
Mindestteilnehmerzahl: 20 Anmeldeschluss: 01.11.2008

Kärnten Familienparadies am Ossiacher See

4-bzw.5-tägiger Aufenthalt inkl. Vollpension im **** Falkensteiner Hotel Urbani Ossiacher See

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer ab € 155,00

Anreisetermine: Jeden Donnerstag und Sonntag vom 07.09. bis 26.10.2008

Mindestaufenthalt: 3 Nächte bei Anreise Donnerstag und 4 Nächte bei Anreise am Sonntag.

**2 Kinder
unter
8 Jahren
gratis**

Bitte fordern Sie für alle Reisen unsere detaillierten Reiseausschreibungen an.



Bei uns können Sie sich noch
große Sprünge leisten!



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

PSW-Reisen GbR
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Tel.: 06131-9600923 . Fax: 9600922
www.psw-reisen.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

Der neue Opel Agila



Abb. zeigt Sonderausstattungen.

Flex in the City

www.psw-neufahrzeuge.de

Mountainbike- Training in Bad Bertrich

Unter der Veranstaltungsreihe „GdP-vital“ hatte der Vorstand der GdP-Kreisgruppe Mayen seine Mitglieder zu einem Mountainbike-Training eingeladen.

Der Kreisgruppenvorsitzende Norbert Puth freute sich über den Zuspruch.

Zwölf Biker hatten sich angemeldet, weitere Interessierte konnten wegen privater und dienstlicher Verpflichtungen nicht teilnehmen. Mit dem Kollegen Markus Thomas hatte der Vorstand einen erstklassigen Instruktor beauftragt. Kollege Thomas ist als versierter Mountainbike-Rennfahrer in der Region und bei der TRANSALP-Challenge bestens bekannt.

Nach einer Einführung über Sicherheit und Technik wurden an verschiedenen Stellen rund um den idyllischen Kurort Bad Bertrich Fahrmanöver trainiert. So galt es enge Kreise auf Schotter zu fahren; bestmögliche Bremsmanöver auf losem Untergrund und in starkem Gefälle zu üben; enge Serpentinauf- und bergauf zu bewältigen; Böschungen rauf und runter zu fahren – und vieles mehr. Jeweils anschließend wurden verschiedene Trails befahren, und dabei das vorher Geübte angewendet. Für die Verpflegung sorgte Kollege Bernd Schüller vorbildlich.

Nach sechs Stunden intensiven Trainings erhielt jeder Teilnehmer eine Urkunde; nach einer leicht gehopften Erfrischung endete ein Tag, der nach einer Fortsetzung ruft.

Norbert Puth, Kreisgruppenvorsitzender

Neue informieren sich



Alles Gute zum Berufsstart wünscht die GdP den Kolleginnen und Kollegen, die in Enkenbach-Alsenborn und Wittlich-Wengerohr ihr FH-Studium aufgenommen haben. Bei der traditionellen GdP-Infothek konnten sich die „Neuen“ über Ziele und Leistungen der GdP informieren. Viele haben sich direkt entschlossen, GdP-Mitglied zu werden.

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Otmar German, KG PD Pirmasens
Adalbert Cappallo, KG PP/PD Koblenz
Doris Tryjanowski, KG Vorderpfalz

Anzeige



PSW-Rabatt?
0 61 31/9 60 09 31
psw-rp@gdp-online.de

WIR TRAUERN UM

Rudi Dauer, KG Rhein-Nahe, 73 Jahre
Wolfgang Bruckhoff, KG PD Neuwied/Altenkirchen, 52 Jahre
Wolfgang Krappen, KG Vorderpfalz, 57 Jahre
Andreas Marx, KG PD Worms, 36 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

